

# Rundgebung gegen Versailles und Kriegsschuldfrage.

Zu einer eindrucksvollen Rundgebung gehalten sich der zentrale Vorstand, zu welchem die Ortsgruppe Niesas des Stahlhelms, H. d. F., aufgerufen hatte. Der große Hörsaal der Niesas war sehr gut besetzt. Männer und Frauen der verschiedensten Kreise aus Stadt und Land waren erschienen, um gleichsam Protest zu erheben gegen die empörende Kriegsschuldfrage und zu hören, was ein englischer Generalkonsul in der Frage: „Ist Deutschland schuldig am Kriege?“ zu sagen hat.

Als Vortragender war einer unserer ehemaligen Gegner, der Hauptmann a. D. im britischen Generalstab Sir Alan Stranders, gemonnen worden. Der Versammlungsleiter, der Führer des hiesigen Stahlhelms, Kamerad Friedrich, begrüßte zunächst die Teilnehmer und wies auf die Bedeutung und Wichtigkeit der Rundgebung hin. Man werde sich fragen, warum gerade der Stahlhelm es sei, der die Frage der Kriegsschuldfrage immer wieder von neuem aufwerfe. Aber diese Frage sei damit zu beantworten, daß sich der Stahlhelm, als überparteiliche Organisation, zur Pflicht gestellt habe, die Kriegsschuldfrage zu bekämpfen. Und weil nicht genug davon gesprochen werden könne, habe sich der Stahlhelm bemüht, den Vortragenden zu gewinnen, um uns zu sagen, was dem deutschen Volke hinter vorgehangenen Vorhang die Welt zu schaffen und was der Versäuer Schandvertrag für unsere nachfolgenden Geschlechter für Folgen haben wird.

Nachdem ergriff Hauptmann a. D. Stranders das Wort, um in fast zweistündigem Vortrage über die Ursachen des Krieges, über die Kriegsschuldfrage und gegen Frankreich zu sprechen. Hauptmann Stranders hat lange vor dem Weltkrieg einige Jahre in Deutschland zugebracht, den Krieg hat er im englischen Heere mitgemacht und lebt seit einer Reihe von Jahren wieder in Deutschland. Er ist Herausgeber der Zeitschrift „Deutschland im Weltspiegel“ für eine Vereinigung des gesamten Germanentums. Er bekennt sich offen als guter Engländer und hält zu seinem Volke, das, wie er betont, durch Betrug in den Krieg hineingezogen wurde durch eine gewissenlose Regierung, die die Geschäfte der internationalen Hochfinanz besorgte. Das englische Volk sei ebenso wenig schuldig am Kriege wie das deutsche. Eine große Lüge sei das manchem willkommenen Mittel gewesen, die beiden blutverwandten Völker, denn beide seien Germanenvölker, in einen Krieg zu verwickeln und sich gegenseitig zu zerstören. Und noch heute trenne diese Lüge Deutsche und Engländer. Durch diese Lüge sei das englische Volk, das in einem mehr als tausendjährigen Kampfe gegen Frankreich gekämpft, für die „entente cordale“, dieses unnatürliche Bündnis, gewonnen worden. Frankreich sei das ausführende Organ gewesen. Es sei deshalb heiligste Pflicht jedes Germanen, gegen Frankreich zu kämpfen. Redner schilderte, daß er als angeblicher deutscher Spion 1 1/2 Jahre in einem französischen Gefängnis hat verbringen müssen und betonte ausdrücklich, daß er nicht als Landesverräter, sondern als Engländer in Deutschland weile, was er besonders den deutschen politischen Gegnern einschärfen möchte. Er ersuche, um mit beitragen, die beiden Völker, England und Deutschland, die als Germanenvölker zusammengehören, zusammenzubringen und die Barriere zwischen beiden Völkern zu sprengen. Er wolle sich nicht, zu sagen, daß ein ehrlicher Deutscher, der deutsch denkt, ihm viel lieber sei, als ein Engländer, der französisch denkt. Die bisherigen englischen Regierungen seien französisch eingetieft. Wir würden aber nicht eher Frieden bekommen, bis alle Franzosenfreunde aus den germanischen Ländern ausgerottet seien. Es sei erwiesen, daß diejenigen, die den Krieg entfacht haben, Franzosen gewesen sind. Die Verhandlungen über die Abrüstungsfrage in Genf seien nur Komödie. Man werde nie weiter kommen, bis alles abgeräumt oder alles aufgeräumt sei. — Auf die Kriegsschuldfrage zurückkommend, bemerkte er, daß diese Frage ebenso wie das Inflationsproblem über eben eine große Lüge beruhe und eine starke Barriere zwischen dem englischen und dem deutschen Volke darstelle. Leider habe sich die amtliche deutsche Regierung dazu bekannt und im Versailler Vertrag unterschrieben, daß Deutschland den Krieg verschuldet habe. Durch dieses deutsche Bekenntnis sei England gezwungen worden, Deutschlands Schuld am Kriege mit anzuerkennen. Und damit sei die Frage jedes anständigen Deutschen, warum England Deutschlands vermeintliche Schuld am Kriege bekämpft habe, beantwortet. Der ehrliche Deutsche könne und wolle natürlich dem Engländer die Hand nicht reichen, und auch der Engländer dem Deutschen nicht, weil eben die deutsche Regierung die Schuld am Kriege urkundlich zugewiehen habe. Redner betrachtete es deshalb als seine vornehmste Aufgabe, die gegenseitigen Meinungen zu zerstreuen und die trennende Barriere zu beseitigen zu suchen. Im englischen Volke sei die Ansicht verbreitet, der deutsche Kaiser habe die englische Krone haben wollen. Aber auch das sei nur ein vermeintliches Scheinmittel der internationalen Hochfinanz gewesen. Um das Vorgehen über die Kriegsschuldfrage zu zerreißen und dem Deutschen zu zeigen, daß er selbst dem Deutschen nicht glaubt, hat Redner dokumentarisch belegbare Zeugnisse unserer früheren Gegner gesammelt und hält sie dem Deutschen vor Augen. Er zeigt darin, daß nicht der Zeitpunkt der militärischen Mobilisierung die Entscheidung gab — unsere Gegner, insbesondere Frankreich, haben es verstanden, durch Scheinbare Zurückhaltung ihrer Heere dem deutschen Reich das Odium des Friedensbrechers aufzuhäufen, daß die Schreckensstat von Serajewo nur das gewollte Signal zum Ausbruch des Krieges gewesen, daß vielmehr die Absicht des Vernichtungskrieges gegen Deutschland nachweisbar um mehr als 20 Jahre zurückliegt, die Vorbereitungen für denselben ebenfalls seit Jahrzehnten betrieben wurden. Bereits im Jahre 1890 habe die angegebene englische Zeitschrift „Truth“ die Karte Europas also gezeichnet: Rußland werde eine Wölfe und das deutsche Reich zertrümmert werden. So ist es auch eingetroffen. Eine in Handelskreisen einflussreiche englische

Zeitung hat im Jahre 1898 geschrieben: „Wir Engländer haben uns unseres Handelskonkurrenten über durch den Krieg entledigt. Unter Handelskonkurrenten ist Deutschland.“ Am 1. Februar 1906 schrieb die in den Kreisen der Schwereindustrie viel gelese englische Zeitung „Saturday Review“: „Wir müssen uns bereit machen, Deutschland zu bekämpfen. Deutschland muß vernichtet werden.“ Bekannt ist ja schon das Wort eines englischen Generalkonsuls, daß englische Kanonen die deutsche Küste beschießen würden, bevor man in Deutschland etwas von einer Kriegserklärung gehört habe. Dazu bekannt ist auch, wie der französische, englische und belgische Generalstab das Zusammenwirken ihrer Armeen in einem Kriege gegen Deutschland in langen Jahren schon vorbereitet hatten. Sehr interessant sind besonders die durch die belgische Aristokratie der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Berichte des belgischen Gesandten in Berlin vor dem Kriege, des Barons de Breda, der da sagt, daß der Dreibund unter der Führung Deutschlands Europa einen Willkürigen Frieden gestiftet hätte, daß aber die Trippelallianzen keine Garantie des Friedens sei, daß die Zusammenziehung der englischen Flotte in der Nordsee ganz unzweifelhaft gegen Deutschland gerichtet sei. Kuffenschreit ist auch die Mitteilung in Poincarsés Memoiren, daß der englische Außenminister beim Ausbruch des Krieges, Lord Grey, der französischen Regierung mitgeteilt habe, er wisse nicht, wie er das englische Volk für einen Krieg gegen Deutschland gewinnen könne. Die einzige Möglichkeit hieße eine Verlegung der belgischen Neutralität durch Deutschland. Und diese belgische Behauptung wird aufgestellt, trotzdem Belgien schon längst seine Neutralität selbst gebrochen hatte. Kurz hingewiesen sei nur auf die Bemerkung des belgischen Gesandten im Jahre 1911, daß der Krieg gegen Deutschland auf Frankreichs Wunsch und im Interesse Rußlands um drei Jahre verschoben worden sei. Poincarsés friedliche Mission bei dem Besuch in Rußland kurz vor Ausbruch des Krieges beleuchtet blühlichartig der Trinkspruch der Großfürstin Anastasia: „Der Krieg wird ausbrechen. Von Ostpreußen wird nichts übrig bleiben. Unsere Armeen werden sich in Berlin treffen. Deutschland wird vernichtet werden“, den der damalige französische Vizekonsul in Petersburg, Paleologus, in seinen Erinnerungen mitteilt. — So sei dem Vorspiel das Nachspiel gefolgt, das wir heute haben. In Verbindung hiermit wandte sich Redner an die radikale Linke. So lange die abgetrennten Gebiete im Besitz der Polen und Litauer seien, sei das Thema aktuell und deshalb der Rede wert. Zur Kolonialfrage betonte er Deutschlands Recht, die verlorenen Kolonien wiederzuerlangen. In 10-20 Jahren werde die deutsche Jugend sagen: Wir zerreißen den Schandvertrag und kümmern uns nicht um die seinerzeit gegebene Unterschrift. — Redner bekannte sich zu Mussolinis Ideen. Eine Befreiung des Korridors könne nur mit Hilfe von Bundesgenossen erfolgen. Nur durch ein Bündnis zwischen den Kulturstaaten England-Deutschland-Italien könne Frankreich kalgestellt werden. Wenn die anderen nicht abräufen, dann müsse auch Deutschland voll aufräumen und ihm vor allem die allgemeine Wehrpflicht wieder ermöglicht werden. — Der Vortragende schloß dann noch, wie unsere Gegner auf Grund des Versailler Diktats den Krieg — wie Clemenceau ausgeprochen hat — mit anderen Mitteln weitertreiben und was auf die infolge der deutschen Erfüllungswilligkeit immer aufs neue gesteigerten Forderungen der Entente hin. Der Vernichtungswille unserer Gegner sei also ganz offenbar, und Deutschland werde ihm unterliegen, wenn es sich nicht endlich zu einem entscheidenden Nein aufraffe. Aber nur die Einigkeit mache stark und könne uns die Freiheit bringen. Dazu bedürfe es in erster Linie der Beseitigung des inneren Zwistes. Die Lösung müsse sein, endlich die brüderlichen Zeiten abzuschließen, gegebenenfalls unter Anwendung von Gewalt. — Stürmischer Beifall folgte den Darlegungen des Redners, dem auch schon während seines Vortrages mehrfach zustimmende Beifallsbekundungen zugerufen wurden.

Nachdem der Versammlungsleiter, Kamerad Friedrich, dem Vortragenden für die begeisternden Ausführungen gedankt hatte, trat eine kurze Pause ein, während welcher einige schriftlich gestellte Fragen zur Beantwortung eingegangen waren. Die 1. Frage: „Inwiefern ist das englische Volk orientiert von dem, was Herr Hauptmann Stranders heute gesagt hat?“ beantwortete dieser dahin gehend, daß im englischen Volk auch heute noch die Meinung überwiegend plag greife, die Deutschen seien Barbaren, nachdem ihm diese Politik beigebracht worden sei. Aber die maßgebenden Stellen seien jetzt zu der Einsicht gekommen, England hätte gegen Frankreich Krieg führen müssen. Man könne dies aber aus begrifflichen Gründen jetzt nicht plötzlich zugeben. Die englischen Politiker, die den Krieg auf dem Kerbholz haben, würden nicht aufhören, weiter zu behaupten, weil eben Deutschland seine Kriegsschuld zugegeben habe. — Zur 2. Frage: „Wie steht es mit diesen Vorträgen in England?“ erklärte Redner, daß er dort zunächst keine Vorträge halten könne, weil er durch Familienverhältnisse an Deutschland gebunden sei, sich aber in dem von ihm vertretenen Sinne auch künftig journalistisch betätigen. Man würde ihm in England vorhalten, weil er sich für Deutschlands Unschuld einsetzen würde, da doch Deutschlands Regierung sich selbst schuldig bekannt habe. Es sei darum Sache des Deutschen, nach England zu gehen und dort durch Ausruhen, daß Deutschland unschuldig ist, das englische Volk aufzuklären. Jeder anständige Engländer werde daraus seine Schlüsse ziehen.

Nach einem kurzen Schlusswort des Versammlungsleiters, in welchem dieser nochmals bringend bat, die aufstrebenden Hinweise des Vortragenden zu beherzigen, damit endlich die große Kriegsschuldfrage und damit der das deutsche Volk so unendlich schwer belastende Versailler Vertrag verschwinde, sang die Versammlung gemeinschaftlich „Deutschland, Deutschland über alles“ — und im Anschluß nun erst recht! — Damit hatte die Rundgebung ihr Ende erreicht.

## Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Reminiszenz — Gedanke! So klingt es von Jahr zu Jahr am Volkstrauertag an unser Ohr, in unser Herz und Gemissen! Gedenke der Toten des Weltkrieges, die uns stets Beispiel und Vorbild treuer Vaterlandsliebe und Pflichterfüllung sein müssen. Nur etwa der zehnte Teil unserer gefallenen Soldaten hat seine letzte Ruhestätte in heimatischer Erde gefunden. Das große Heer der Toten schläft in fremdem Boden. Es ist für die Hinterbliebenen ein harter Gedanke, fern von der Bläute zu sein, die ihr Liebstes birgt. Noch härter war es für viele, daß sie nicht wußten, ob das Grab noch vorhanden war, wie es ausah, und daß sie nichts für die Pflege und Aufschwärzung tun konnten. Der Krieg und die Nachkriegsjahre machten es unmöglich, Nachrichten über deutsche Soldatengräber zu erhalten, bis in der Erkenntnis der Nachlässigkeit der Einzelnen Ende 1919 der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. gegründet wurde, der sich die Aufgabe stellte,

die Verbindung zwischen der Heimat und den fernem Gräbern herzustellen. Der Volksbund entwickelte sich aus kleinen Anfängen heraus zu einer großen Organisation, die außer Herbeiführung der Kriegsgräberstätten, allen Angehörigen von Gefallenen Hilfe leistet. Da gab es, und gibt es noch heute, viele Fragen zu beantworten und Wünsche zu erfüllen. Neben der behördlichen Organisation, dem Zentralnachweisesamt in Spaunden, ist der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. die einzige von den Reichs- und Staatsbehörden für das Gebiet der Kriegsgräberfürsorge anerkannte Organisation. Der Volksbund bewacht, herrichtet, schmückt und pflegt der deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland und im Reichsgebiet zu fördern, den Angehörigen der Gefallenen und Verstorbenen in allen Angelegenheiten der Kriegsgräberfürsorge bestmöglich zu sein. Verbindungen mit gleichstrebenden Organisationen des Auslandes anzunehmen. Er entsendet also eine Liebesboten, die einer wertvollen Ergänzung der amtlichen Fürsorge entspricht. An die private Fürsorge für die Kriegsgräber im Ausland sind im

Laufe der Jahre ungeahnte Anforderungen gestellt worden. Seine Haupttätigkeit liegt der Volksbund im Augenblick in der würdigen Gestaltung der Sammelgräberstätten in Frankreich. Aber auch in England, Italien, Rußland, Ungarn, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Griechenland, Dänemark und Palästina ist der Volksbund tätig. Neben der Herbeiführung der Kriegsgräberstätten unterliegt regelmäßig die monatlich erscheinende „Deutsche Kriegsgräberfürsorge“. Gemaltige Aufgaben haben dem Volksbund noch in Polen bevor.

Es kommt nicht nur darauf an, die Kriegsgräberstätten instand zu halten, sondern das Streben geht dahin, sie im Laufe der Zeit so auszubauen, daß sie für alle Zeiten als Erinnerungsstätten bestehen bleiben. Das Gräberland soll auch zu vielen Generationen sprechen und die Erinnerung an deutsches Soldatentum wachhalten. Unter diesem Gesichtspunkt leistet der Volksbund Kulturarbeit im besten Sinne des Wortes. Die innere Entwicklung des Volksbundes, die von Jahr zu Jahr zunimmt, ist in seinen stetig steigenden Erfolgen und Leistungen begründet. Zur Zeit bestehen 44 Verbände und über 1400 Ortsgruppen.

Auch in Niesas ist eine Ortsgruppe des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge gegründet worden. Gemitt werden viele im Gedanken an ihre lieben Gefallenen diese Gründung begrüßen und durch ihren Beitritt das edle Werk unterstützen.

Nähere Auskunft im Anzeigenteil der heutigen Nummer des Niesaser Tageblattes.

## Deutliches und Sächsisches.

Niesas, den 5. Februar 1931.

— Wettervorhersage für den 9. Februar (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Westlich etwas aufziehende Winde aus Ostwind bis nördlichen Richtungen, nur allmählich Bemittlungsabgang, Neigung zu Nebelbildung, weiches Temperaturabnahme, unregelmäßige Niederschläge.

— Daten für den 6. Februar 1931. Sonnenanfang 7,32 Uhr. Sonnenuntergang 16,57 Uhr. Mondanfang 22,01 Uhr. Monduntergang 9,10 Uhr.

1919: Gründung der deutschen Nationalversammlung in Weimar.

1922: Kardinal Meißel wird Papst (Nus II.).

1929: Der Kongressdirektor Siegfried Ochs in Berlin gest. (geb. 1858).

— Polizeibericht. Am 5. 2. 31, 4:12 Uhr vormittags ist ein vor der Gemarkung befindliches Herrensahrad, Seidel u. Raumann, gestohlen worden. Sachliche Mitteilungen erstattet der Kriminalpolizei.

— Die Arbeiter-Samariter-Kolonie Niesas bietet uns, folgenden bekanntzugeben: Nach längerer Verhandlung mit dem Rat der Stadt Niesas ist der Arbeiter-Samariter-Kolonie Niesas das Recht zugestanden worden, sich an dem künftigen Krankentransport, sowie an der Benutzung des Krankentransportwagens im künftigen Krankenhaus zu beteiligen. Bisher war es üblich, daß wenn ein Krankentransport durch den sächsischen Krankentransport erfolgte, den Transport die Sanitätskolonne vom roten Kreuz übernahm. Eine Seltenheit war es, wenn die Arbeiter-Samariter zu einem Krankentransport herangezogen wurden; dies erfolgte nur auf ausdrücklichen Wunsch des Kranken. — Durch den gesteigerten Verkehr zeigte sich, daß in den letzten Jahren Verkehrsunfälle schwerer Natur sich ereigneten. Daraufhin entschloß sich die Arbeiter-Samariter-Kolonie, eine ständige Hilfsstation an eigener Station in den Sportleräumen des Volkshauses zu errichten. Die Hilfsstation ist seit dem 1. Februar Tag und Nacht von Arbeiter-Samaritern besetzt, so daß bei jedem Unfall und bei plötzlichen Erkrankungen sofort erste Hilfe sachgemäß erbracht werden kann. — An der Einwohnerschaft von Niesas und Umgegend liegt es nun, die Durchführung der Hilfsstation der Arbeiter-Samariter anzurechnen und zu unterstützen und sich im Bedarfsfalle an die Hilfsstation der Arbeiter-Samariter-Kolonie Niesas im Volkshause zu wenden, die getreu ihrem Wahlspruch: „An jedem Orte, zu jeder Zeit, sind zur ersten Hilfe wir bereit“ gern helfend zur Verfügung steht.

— Ueberwachung der Polizeistunden in Bahnhöfen. Nach dem Erlass des Gefährdungsgesetzes vom 28. 4. 1930, dessen Vorschriften auf Bahnhöfen keine Anwendung finden, ist die Frage aufgeworfen, ob der örtlichen Polizeibehörde auch in den Bahnhöfen die Ueberwachung der Polizeistunden und gegebenenfalls die Befragung des nichtreisenden Publikums im verfahren Strafverfahren zustehe. Auf Anfrage des Sächsischen Gemeindetages hat das Ministerium des Innern folgendes erwidert: Nach § 27 Abs. 1 Ziffer 3 des Gefährdungsgesetzes vom 28. April 1930 finden die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung auf Bahnhöfe, soweit diese nach § 16 Abs. 5 des Gesetzes über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft vom 30. 8. 1924 den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht unterliegen. § 16 Abs. 5 lautet: „Die Vorschriften der Gewerbeordnung sind auf den Betrieb der Deutschen Reichsbahn nicht anzuwenden.“ Aufgrund von Vereinbarungen zwischen den Reichs- und Länderregierungen einerseits und der Reichsbahn andererseits sind Richtlinien für die Behandlung der Bahnhöfen der Reichsbahn und der Bahnhöfe verkehrsteteller in gewerbepolizeilicher Beziehung aufgestellt worden. Das Sächsische Wirtschaftsministerium hat diesen Richtlinien zugestimmt und die Verwaltungsbehörden angewiesen, sie zu beachten. Auf die Bahnhöfen, die nach diesen Richtlinien als Bahnhöfe der Reichsbahn anzuweisen sind, finden die Vorschriften über die Polizeistunden und eine polizeiliche Ueberwachung keine Anwendung. — Unter Bahnhöfen der Reichsbahn sind auch solche zu verstehen, die sich auf einem Personenbahnhof innerhalb oder außerhalb der Bahnstrecke befinden. Bahnhöfe der Reichsbahn sind selbständige Geschäftsbetriebe, die außerhalb des Personenbahnhofs, wenn auch auf bahnhöflichen Gelände, gelegen sind, unterliegen stets der Erlaubnispflicht nach § 28 der Gewerbeordnung. — Nach dem Standpunkt der Regierung kann also nunmehr auch das nichtreisende Publikum, welches in auf den Personenbahnhöfen befindlichen Bahnhöfen der Reichsbahn nach Eintritt der Polizeistunden angetroffen wird, nicht mehr durch die Ortspolizeibehörde bestraft werden.

— Wünsche des Sächsischen Gemeindetages. Da die Gemeinden diesmal ihren Haushaltsplan im Hinblick auf die außerordentlichen Anforderungen mit ganz besonderer Sorgfalt aufstellen müssen, hat der Sächsische Gemeindetag an das Ministerium des Innern das Ersuchen gerichtet, die voraussichtliche Höhe der Gemeindefürsorge an den großen Reichsbahnüberweiserungen so stetig wie nur irgend möglich bekannt zu geben. Die Gemeinden haben ferner das lebhafteste Interesse daran, sobald wie möglich einen Ueberblick darüber zu gewinnen, in welchem Umfang sie mit Einnahmen aus der Bürgersteuer rechnen können. Der Sächsische Gemeindetag hat daher um Anweisung an die Finanzämter gebeten, bis eingegangenen Beiträge an Bürgersteuer den zuständigen Gemeinden dann schnellstens in abgerundeten Beträgen zu übermitteln, wenn die Summe von 500 Mark für eine Gemeinde erreicht ist. Bei Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern wird ein Satz von 3000 Mark dazuzurechnen.